Boris Johnson in Kiew. *Karikatur: Paolo Calleri*

Leitartikel
Jens Schmitz
zur Corona-Politik der grün-schwarzen Landesregierung

Fehlende Selbstkritik

Von Landesregierungen den Ausweg aus einer globalen Pandemie zu erwarten, wäre vermessen. Wie professionell sie wirken, wie transparent und gewissenhaft sie mit den Grundrechten ihrer Bürger umgehen, haben sie aber zu einem guten Stück in der Hand. In Baden-Württemberg ist derzeit einige Luft nach oben.

Die Geduld der Menschen ist messbar erlahmt, das belegt der jüngste BaWü-Check. Ein Teil der Unzufriedenheit wird Folge der Pandemiedauer sein, ein Teil der Vorwürfe ist wohlfeil. Natürlich kann man die Komplexität des Verordnungsdschungels beklagen. Wer das tut, sollte aber erwähnen, dass sie vom Grundgesetz erzwungen und von Gerichten überwacht wird. Die Maßnahmen müssen nicht nur geeignet, sondern auch erforderlich und verhältnismäßig sein. Diese Abwägung fällt je nach Pandemieverlauf anders aus. Dass unter hohem Zeitdruck geschriebene Verordnungen Widersprüche und Fehler aufweisen, ist da wenig verwunderlich.

Mehr Sorge sollte Grün-Schwarz bereiten, dass viele Menschen finden, die Regierung begründe ihren Kurs zu wenig. Auch das mag angesichts zahlreicher Informationsangebote ungerecht sein. Es ist aber in Teilen auch selbst verschuldet. Denn bei Grün-Schwarz zeigen sich ebenfalls Gewöhnungserscheinungen. Problematisch wird das, wo sie sich auf die Machtfülle per Verordnung, aufs Durchregieren als Normalzustand beziehen. Baden-Württembergs Landtag war der erste, der sich bei Pandemie-Maßnahmen zumindest ein Mitspracherecht im Nachgang ertrotzt hat. Dass die Regierungsfraktionen im dritten Coronajahr keine Anstalten machen, die demokratische Legitimation weiter zu normalisieren, zeugt nicht von großem Ehrgeiz.

Wer eine Diskussion über die Impfpflicht fordert, sollte auch eine über andere Exit-Strategien ertragen. Es häufen sich Eindrücke unduldsamer Hemdsärmeligkeit. „Man muss sich auch an Gesetze halten, von denen man nichts hält“, predigt Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). „Solange die Verordnungen und Gesetze gelten, solange gelten sie. Und daran hält sich die Landesregierung.“ Im Januar tat sie das Gegenteil und beschloss, die Alarmstufe II beizubehalten, obwohl die Kriterien entfallen waren. Die spätere juristische Niederlage war so vorhersehbar, dass der Verdacht naheliegt, die Koalition habe nur den bequemsten Weg gewählt, um Zeit zu gewinnen. Von Selbstkritik keine Spur: Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz beharrte

> Wer eine Diskussion über die Impfpflicht fordert, sollte auch eine über andere Exit-Strategien ertragen.

im Landtag darauf, die Entscheidung sei richtig gewesen. Wenn Kretschmann erst erklärt, ihm seien in Bussen und Bahnen die Hände gebunden, um dann dort doch Regeln zu erlassen, schafft auch das kein Vertrauen in die Verlässlichkeit seiner Aussagen. Baden-Württemberg ist bislang nicht schlecht durch die Pandemie gekommen. Der Respekt vor der Machtballung in der Krise war der Regierung aber schon deutlicher anzumerken. Es bleibt ihre Aufgabe, für einen Kurs zu sorgen, der Prüfungen standhält – und dafür, dass Sehnsucht nach Auswegen aus dem Verordnungswesen nicht nur der Opposition anzumerken ist.

leitartikel@swp.de

Kommentar
Guido Bohsem
zur Haltung der SPD zu Russland

Andauernde Unklarheit

Die Positionen in der SPD zum Thema Russland sind vermutlich so vielfältig wie die Corona-Regeln in den Bundesländern. Das muss nicht falsch sein, trägt aber nicht zur Klarheit bei. Man muss sich halt je nach Sozialdemokrat erst einmal danach erkundigen, was nun gerade gilt, das eine oder vielleicht auch das Gegenteil.

Viel wurde in den vergangenen Tagen etwa darüber gerätselt, ob der ehemalige Bundeskanzler und Gazprom-Lobbyist Gerhard Schröder für die deutsche Sozialdemokratie spricht, wenn er darüber räsoniert, dass das Säbelrasseln in der Ukraine aufhören müsse und keine Waffen dorthin geliefert werden dürften. Versteht man die SPD-Spitze richtig, findet sie Schröders ersten Punkt falsch, sieht sich aber im zweiten Punkt von ihm bestätigt. Folglich dürfte der Partei also nichts leichter fallen, als sich von Schröder zu distanzieren und den Alt-Kanzler ins Abseits zu stellen.

Doch so einfach liegen die Dinge nicht. Denn ein nicht unerheblicher Teil der SPD-Mitglieder teilt Schröders Einschätzung, dass Putin nur deshalb seine Truppen an die Grenze schicke, weil er sich vom westlichen Verteidigungsbündnis Nato bedroht fühle. Ähnlich sieht es auch in Sachen Sanktionen aus, über die es in der SPD-Spitze durchaus ein gemischtes Meinungsbild gibt.

Für die SPD geht es also nicht nur darum, eine einheitliche Position in der Führung zu finden, sondern auch, die Mitglieder davon zu überzeugen. Womit man beim SPD-Mitglied und Kanzler Olaf Scholz angekommen wäre, der sich in dieser Angelegenheit noch mehr in formelhafte Formulierungen flüchtet als sonst und damit – ganz anders als Schröder – eine klare Antwort verweigert.

Kündigen in Deutschland bald 12 000 Pflegekräfte?

Pandemie Die Stimmung in der Branche ist gereizt. Mancher Mitarbeiter denkt wegen der Impfpflicht ans Aufgeben. In den Laboren fallen derweil extrem viele PCR-Tests positiv aus.

Berlin. Offenbar steigt die Unmut über die Impfpflicht unter den Beschäftigten des Pflegesektors. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit meldeten sich in den vergangenen Wochen etwa 12 000 Menschen mehr als arbeitssuchend als üblich. Arbeitssuchend sind Menschen, die eine drohende Arbeitslosigkeit bei der Arbeitsagentur anzeigen, aber noch im Job sind, erläuterte ein Sprecher der Bundesagentur. Eine Impfpflicht im Gesundheits- und Sozialwesen soll am 16. März in Kraft treten.

Wird die Impfpflicht für das Pflegepersonal verschoben? Zumindest verlieren Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeberufen nach Inkrafttreten der für sie vom 16. März an geltenden Impfpflicht nicht sofort ihre Jobs. Bei Kontrollen und Entscheidungen über Tätigkeitsverbote spiele „auch der Aspekt eine Rolle, ob Personalengpässe vermieden werden können“, sagte eine Sprecherin des Bundesgesundheitsministeriums. Die zuständigen kommunalen Gesundheitsämter warnten davor, dass sie die Überprüfungen „nicht zeitnah bewältigen können“, so der Verband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die ostdeutschen Caritasverbände wollen, dass die branchenbezogene Impfpflicht offiziell ausgesetzt wird. In manchen ihrer Pflegeheime sind bis zu 50 Prozent der Beschäftigten nicht geimpft.

Was leisten die Labore? Bei den fachärztlichen Laboren fielen zuletzt erstmals mehr als eine Million PCR-Tests positiv aus. Von den 2,44 Millionen Tests waren 41,1 Prozent positiv – Tendenz deutlich steigend: In der Woche zuvor waren es nur 32,6 Prozent. Die Kapazitäten der 182 Akkreditierten Labore (ALM) waren zu 95 Prozent ausgelastet. Sie sind dabei, diese auf 2,65 Millionen Tests pro Woche auszubauen. Viel mehr hält ALM-Chef Michael Müller kaum für möglich, weil das Fachpersonal fehlt oder selbst krank ist. Daher befürwortet er die Priorisierungen bei den PCR-Tests. Von breiten Massentests ohne Verdacht hält er wenig: „Wir können uns aus der Pandemie nicht heraustesten.“

Bei den PCR-Tests fallen immer mehr positv aus. *Foto: Bernd Weißbrod/dpa*

Bereitet Corona die meisten Sorgen? Nein, sondern die Inflation, ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. 70 Prozent nannten im Januar die steigenden Preise als besonders besorgniserregend, erläuterte Geschäftsführerin Renate Köcher. Erst danach folgten die Angst vor den wirtschaftlichen Folgen der -Pandemie mit 66 Prozent und Sorgen wegen der „unberechenbaren Lage in Europa und der Welt“ mit 62 Prozent. Vor einem Jahr lag das Thema Geldentwertung mit rund 30 noch weit hinter der Pandemie. Für 84 Prozent der aktuell Befragten muss der Staat mehr tun, um die Bürger vor der Inflation zu schützen.

Michael Gabel, Dieter Keller und Christopher Ziedler

Premier auf Bewährung

Großbritannien Der Partygate-Skandal hat Boris Johnson beschädigt. Der Unmut über ihn wächst.

London. Boris Johnson ist ein Premierminister auf Bewährung. Die Partygate-Affäre hat ihn noch nicht zu Fall gebracht, aber ausgestanden ist sie noch lange nicht. Scotland Yard untersucht zur Zeit eine Reihe von Feiern, die in der Regierungszentrale Downing Street zu Lockdown-Zeiten stattgefunden haben, als die Covid-Regeln dies verboten. Noch will ihn seine Fraktion nicht stürzen. Man wartet das Ende der Untersuchungen ab. Doch zweifellos ist der Premier geschwächt.

Der vorläufige Report der hochrangigen Beamtin Sue Gray über die Vorfälle hat Johnson beschädigt. Zwar konnte Grays Untersuchungsbericht wegen der polizeilichen Untersuchungen keine konkreten Einzelheiten nennen, doch ihr Befund war deutlich: Es hat eindeutig Lockdown-Partys gegeben, und sie verstießen gegen das Gesetz.

Man habe über 500 Seiten an Dokumenten sowie 300 Fotos erhalten, berichtete Commander Catherine Roper, die jetzt bei Scotland Yard die Ermittlungen in die Lockdown-Partys leiten wird. Insgesamt sind es zwölf Partys, bei denen die Londoner Polizeibehörde die „Schwelle zu einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren“ überschritten sieht. Auf mindestens vier dieser Partys soll der Premier persönlich anwesend gewesen sein. Während manche Briten ihre sterbenden Angehörigen wegen der Corona-Regeln nicht im Krankenhaus besuchen durfte, wurde in der Downing Street kräftig gebechert.

Johnsons „Arbeitstreffen“

Boris Johnson will von alldem nichts gewusst haben. Als Anfang Dezember die ersten Vorfälle bekannt wurden, hatte der Premier im Unterhaus erklärt, dass es zum einen keine Partys gegeben habe. Als eine interne E-Mail ans Licht kam, die rund 100 Mitarbeiter zu einer Party im Garten der Downing Street einlud und sie aufforderte, Alkohol mitzubringen, wollte Johnson darin ein „Arbeitstreffen“ gesehen haben. Und als eine Party zu seinem 56. Geburtstag im Kabinettsraum gefeiert wurde, entschuldigte sich der Premier damit, dass ihm niemand gesagt habe, dass es eine Party gewesen sei. Jetzt sagt Johnson, man die Scotland-Yard-Untersuchung abwarten, bevor man die Vorfälle kommentieren könne.

Es ist dieses nonchalante Abstreiten der Vorwürfe, was die Briten am meisten aufregt. Boris Johnson war früher über Parteigrenzen hinweg beliebt und konnte auch bei Labour-Wählern punkten. Jetzt gilt das nicht mehr. Seine offensichtlichen Unwahrheiten haben zu einem fulminanten Vertrauensverlust nicht nur für Johnson selbst, sondern auch für die Konservative Partei geführt. Der ehemalige Kabinettsminister Andrew Mitchell stellt sich jetzt gegen seinen Fraktionskollegen, weil Partygate die Wahlchancen der Torys gefährdet. „Es ist wie Batteriesäure, die die Partei zerfrisst“, sagte er am Dienstag, „Das geht nicht weg.“

Jochen Wittmann

STICHWORT LOBBYREGISTER

Das Lobbyregister soll sichtbar machen, wer Einfluss auf politische Entscheidungen und die Gesetzgebung nimmt. Professionelle Interessenvertreter sind verpflichtet, sich dort bis spätestens 1. März einzutragen. Sie müssen Angaben unter anderem über ihre Auftraggeber und zum personellen und finanziellen Aufwand ihrer Lobbytätigkeit bei Bundestag und Bundesregierung machen. Zu erläutern sind auch der Interessenbereich und die Tätigkeit. Lobbyisten werden zudem verpflichtet, sich an einen vorgegebenen Verhaltenskodex zu halten. Wenn sie sich nicht an die Regeln halten, droht ein Bußgeld von bis zu 50 000 Euro.

Die Bundestagsverwaltung geht davon aus, dass die Registrierungen bis zum 1. März noch Fahrt aufnehmen werden. Für Unmut hat dort gesorgt, dass am Anfang viele Einträge nicht den Vorschriften entsprachen – obwohl es eine klare Anleitung in einem dazu erstellten Handbuch gibt. Dieses sei offenbar nicht richtig gelesen worden. *dpa*

Lobbyregister
Bisher rund 240 Einträge

Berlin. Das am Jahresanfang gestartete Lobbyregister des Bundestags füllt sich langsam. Nach einem Monat haben sich in dem öffentlich einsehbaren Verzeichnis 239 Unternehmen, Verbände, Vereinigungen, Organisationen, Netzwerke und Einzelpersonen registriert. Sie gaben insgesamt 943 Personen an, die mit Interessenvertretung beschäftigt sind. Bisher haben sich aber nur wenige große Unternehmen und Verbände eingetragen. *dpa*

Stichwort

Ukraine-Krise
SPD steht hinter Scholz-Kurs

Berlin. Nach einem Spitzentreffen der SPD zur Ukraine-Krise sieht Parteichef Lars Klingbeil den Kurs von Kanzler Olaf Scholz und der Parteiführung bestätigt. „Alle Optionen liegen auf dem Tisch“, sagte Klingbeil in der ARD nach Beratungen von 20 führenden Sozialdemokraten aus Bund und Ländern. Jetzt gehe es darum, Diplomatie und Frieden zu organisieren. Kritiker werfen Scholz vor, Russland nicht stark genug unter Druck zu setzen. *dpa*

Kommentar